

Anträge zu weiterer Kraft für Sozialarbeit und E-Bike-Station

HIRSCHBERG. Dass die derzeitige Flüchtlingssituation die Jahreshauptversammlung der Grünen Liste Hirschberg im Gasthaus „Zur Bergstraße“ dominierte, kam nicht überraschend. Stand doch ein Ausblick von Landtagsabgeordneten Uli Sckerl zur Landtagswahl auf der Tagesordnung: „Das ist das entscheidende Thema für die Wahl“, meinte er am Ende seines Vortrags.

Flüchtlinge waren aber auch in den Ausführungen der Fraktionssprecherin Monika Maul-Vogt ein wichtiges Thema. Konkret drehte es sich um die GLH-Anträge für die bevorstehenden Haushaltsberatungen. „Nachdem klar ist, dass Flüchtlinge kommen, geht es jetzt um Begleitung, Betreuung und Integration“, erläuterte sie. Im Rathaus wurde hierzu eine Arbeitsgruppe gebildet, der unter anderem auch die Jugendreferentin Kirsten Wolski angehört. Um sie bei der Sozialarbeit zu unterstützen, wird die GLH eine zusätzliche Hilfe für die Sozialarbeit als „Bufdi-Stelle“ (Bundesfreiwilligendienst) beantragen. Um den Klimaschutz voranzubringen, wird die GLH zudem eine Bike-beziehungsweise eine E-Bike-Station beantragen. Die Verwaltung sollte außerdem E-Bikes kaufen. Ein weiterer Antrag betrifft das Absenken der Bordsteine am Ort. „Diese drei Anträge werden wir gemeinsam mit der SPD stellen“, ergänzte sie.

Dass die Flüchtlinge auch das GLH-Jahresprogramm bestimmen, zeigte der Termin durch die Zweite Vorsitzende Renate Rothe, die sich auch im Runden Tisch Asyl engagiert. So sind 2016 Aktionen mit und für die Flüchtlinge geplant. Mit den Themen Plastikmüll in den Meeren, Verkehr und Fair-Trade-Gemeinde befasst man sich auch. Kurz streifte

der Vorsitzende Egon Müller in seinem Rückblick die Aktionen und Veranstaltungen. TTIP, Verkehr in der Heddesheimer Straße, Flüchtlinge, aber auch die Planänderung für den „Sterzwinkel“ standen als Themen an. Die GLH fürchtet durch die mögliche Erweiterung des Edeka-Marktes negative Auswirkungen auf den Markt in Leutershausen. „Der dortige Betreiber kann nicht investieren, weil er keine langfristigen Verträge erhält. Die Gemeinde soll daher nicht erst aufwachen, wenn jemand dort das Tor schließt“, mahnte Müller. Zu Beginn seines Rückblicks bat er die Mitglieder darum, sich für den verstorbenen Dr. Alfred Stephan zu erheben.

KassiererIn im Amt bestätigt

KassiererIn Susanne Alizadeh sprach in ihrem Rückblick von einem ruhigen Jahr. Dies sahen auch die Kassenprüferinnen Daniela Rosewich und Andrea Spilger so und bestätigten eine gute Buchführung. Die vom ehemaligen Vorsitzenden Arndt Weidler beantragte Entlastung der KassiererIn und des Vorstands erfolgte einstimmig. KassiererIn Alizadeh wurde anschließend im Amt bestätigt.

Das große Thema des Abend waren jedoch die Flüchtlinge. Nach anfänglichen, fast zu erwartenden Schwierigkeiten komme Baden-Württemberg nun gut zurecht, so Sckerls Einschätzung. „Die Probleme in den Unterkünften haben zugenommen. Leider, wir müssen daher darüber reden und dieses Thema nicht tabuisieren“, betonte der Landtagsabgeordnete.

Mit dem Registrierungszentrum im Patrick-Henry-Village in Heidelberg sehe er das Land gut aufgestellt. „Die Flüchtlinge werden nach

einer Woche registriert. Es gibt eine mündliche Anhörung und sie bekommen eine Bleibeperspektive. Danach geht es in die Anschlussunterbringungen der Kommune, sagte Sckerl: „Bei uns wird jeder Flüchtling vollständig registriert. Das ist auch gut so, denn jedes Land hat zu wissen, wer in sein Land kommt. Köln war entsetzlich und beschämend. Bei uns gibt es eine solche Grauzone nicht und bei uns geht keine Bedrohung von den Flüchtlingen aus.“

Sprachunterricht und Integration sind wichtige Themen, gleichzeitig forderte der Abgeordnete eine große Initiative für den sozialen Wohnungsbau. Da gebe es für Flüchtlinge, aber auch für Einheimische einen großen Bedarf. Für Sckerl ist die Flüchtlingsfrage die größte Herausforderung seit 1945: „Sie ist bewältigbar, alleine geht es aber nicht.“ Wichtig sei die europäische Solidarität: „Es geht nicht, dass Deutschland das Flüchtlingsland wird und der Rest Europas schaut zu.“ Der Abgeordnete mahnte auch dazu, über den Tellerrand hinauszublicken: „Warum sind denn 60 Millionen Menschen weltweit unterwegs? Das hat doch einen Grund. Das ist der Preis der Globalisierung, den wir mitbetrieben haben. Und bekommen wir die Klimafrage nicht in den Griff, kommen ganz andere Flüchtlingsbewegungen auf uns zu. Das ist auch unsere Verantwortung“, forderte er dazu auf, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Da helfe der Vorschlag von Julia Klöckner (CDU-Spitzenkandidatin in Rheinland-Pfalz) mit den Obergrenzen nur wenig: „Hoffentlich halten sich die Flüchtlinge daran“, mahnte Sckerl zu mehr Realismus.